

Gemeinsamer Beschluss der zuständigen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker von CDU und CSU in den deutschen Landtagen und Bürgerschaften sowie dem Abgeordnetenhaus von Berlin

**Anvertraut und ausgeliefert:**

**Schicksal und Geschichte von Verschickungskindern anerkennen, aufarbeiten, sichtbar machen.**

Millionen Menschen in Deutschland sind ehemalige Verschickungskinder. Jedes von ihnen wurde im Zeitraum zwischen den 1950er- bis in die 1990er Jahre zur vermeintlichen Erholung, Heilung oder als erzieherische Maßnahme den dafür vorgesehenen (Kinderkur-) Heimen und Einrichtungen anvertraut. Während der Aufenthalt dem Wohl des Kindes dienen sollte, war die Realität oft eine andere. Fernab von zu Hause und getrennt von den Eltern wurden junge Menschen Opfer schwarzer Pädagogik. Sie waren systematisch physischer und psychischer Gewalt ausgeliefert. Das System der Kinderverschickung galt bei Trägern und Einrichtungen schnell als wirtschaftliches Erfolgsmodell. An den Folgen der verstörenden Erfahrungen leiden viele Betroffene noch Jahrzehnte später.

Das Leid, das Schicksal und die Geschichte von Verschickungskindern waren lange im kollektiven Gedächtnis unseres Landes verschüttet und blieben folglich ohne Anerkennung und Aufarbeitung. Es ist dem Engagement und der Vernetzung der Betroffenen zu verdanken, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung neue Dynamik und mediale Beachtung gefunden hat. Durch Erlebnisberichte wissen wir heute in Ansätzen, was sich damals abgespielt und zugetragen hat. Bislang haben sich Betroffene vor allem in Selbsthilfegruppen organisiert. Sie wollen gemeinsam aufarbeiten und bewältigen, was jedem von ihnen widerfahren ist. Vereine befassen sich auf Ebene der Bundesländer und des Bundes mit der Thematik und dessen Aufarbeitung bzw. Bewältigung.

Vor diesem Hintergrund hat die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) das Thema im Mai 2020 aufgegriffen und beraten. Im Ergebnis wurde der Bund damit beauftragt, Licht in dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte im Umgang mit Kindern und Jugendlichen zu bringen. Der entsprechende Beschluss wird ausdrücklich unterstützt. Ergänzend zum Engagement des Bundes liegt es aber auch in der Verantwortung der Länder, sich dem Schicksal der Verschickungskinder verstärkt zuzuwenden. Mehr noch: Es bedarf konkreter Schritte der Unterstützung, um überfällige Anerkennung, Aufarbeitung und Sichtbarmachung in ganz Deutschland voranbringen zu können. Das koordinierte Zusammenwirken aller Ebenen ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Betroffenen und im Sinne weiterer Sensibilisierung für das Thema sowie notwendiger Vernetzung.

Klar ist: Gewalt an Kindern, gezielte Demütigung oder Nahrungsentzug bzw. Essenszwang sind nicht erst heute falsch. Sie waren es schon immer. Die Fraktionen von CDU und CSU in den deutschen Landtagen, den Bürgerschaften sowie dem Abgeordnetenhaus von Berlin stehen an der Seite der Verschickungskinder. Wir wollen unseren Beitrag zur Anerkennung, Aufarbeitung und Sichtbarmachung ihres Schicksals und des erfahrenen Leids leisten.

Deshalb beschließen wir in den betroffenen Bundesländern:

- darauf hinzuwirken, dass Transparenz, Offenheit und unabhängige Aufklärung Maßstäbe der Aufarbeitung für die Situation der damals betroffenen Kinder und Jugendlichen ist. Alle relevanten Akteure und Betroffenen sowie (mit-)verantwortlichen Träger und Stellen sollen sich einbringen. Wir betonen dabei die Mitwirkungsverantwortung im Sinne einer zielgerichteten Aufklärung und Bewältigung.
- im Rahmen parlamentarischer Initiativen das Thema in den Mittelpunkt der politischen Beratungen zu rücken, sofern noch nicht geschehen.

- Möglichkeiten des Aufbaus bzw. der Förderung bedarfsorientierter Unterstützungsinfrastrukturen (wie zum Beispiel Anlauf- und Beratungsstellen oder therapeutische Hilfsangebote) für Verschickungskinder zu prüfen.
- die wissenschaftliche Aufarbeitung durch geeignete Maßnahmen wie Forschungsstipendien oder Fachsymposien zu forcieren.
- die Recherchearbeit von Betroffenen und deren Organisationen zu unterstützen und in diesem Sinne auf die Öffnung aller relevanten Archive hinzuwirken.
- im persönlichen Austausch mit ehemaligen Trägern bzw. deren Rechtsnachfolgern die aktive Aufarbeitung ihrer Verschickungsheimgeschichte einzufordern und für eine kooperative Haltung und Zusammenarbeit zu werben.
- auf eine strukturelle Einbeziehung der Länder in die Aufklärungsarbeit des Bundes hinzuwirken und die umgehende Umsetzung der durch die JFMK beschlossene Aufklärung auf Bundesebene einzufordern. Gleichzeitig soll das Thema auch in der kommenden Legislaturperiode forciert werden.
- eine mögliche Bundesratsinitiative zu unterstützen.